

## **Politikplan 2020 bis 2023**

---

Für die Dezember-Sitzung erhält der Einwohnerrat wie gewohnt den Politikplan der nächsten vier Jahre zur Kenntnisnahme. Die Beschlussesanträge (Genehmigung des Produktsummenbudgets 2020 sowie Festlegung des Steuerfusses für die Steuerperiode 2020) finden sich ab Seite 45 des Politikplans.

Die Tabelle „Finanzwirtschaftliche Eckdaten“ (Kap. IV, ab Seite 8 des Politikplans) zeigt eine Gesamtübersicht über die wesentlichen finanziellen Auswirkungen des Politikplans während der Planperiode. Die Planjahresergebnisse 2020 bis 2023 zeigen Defizite zwischen 1,3 und 2,5 Mio. Franken. Diese können als rote Null bezeichnet werden, da sich in den vergangenen Jahren solche Plandefizite dank Ausgabendisziplin, Kostenbewusstsein, Projektverschiebungen sowie aufgrund von ausserordentlichen Mehreinnahmen jeweils in positive Jahresergebnisse umgewandelt hatten.

Die Erklärung für die markante positive Veränderung zu den vergangenen Vierjahresplanungen liegt für die nächsten vier Jahre hauptsächlich in den neuesten Erkenntnissen bei den Vermögenssteuern. Auf der Einnahmenseite wird bei den Steuererlösen durchwegs mit einem soliden Wachstum gerechnet. Bei den Vermögenssteuern kann gar mit einem starken Zuwachs kalkuliert werden. Neueste Erkenntnisse haben gezeigt, dass aufgrund des ausserordentlich guten Börsenjahrs 2017 der Vermögenssteuererlös deutlich stärker anwachsen wird als bisher prognostiziert. Neu wird ein jährlicher Vermögenssteuererlös von rund 31 Mio. Franken prognostiziert, was Mehreinnahmen von rund 5 Mio. Franken pro Planjahr entspricht. Vermögenssteuererträge sind stärker als Einkommenssteuern Schwankungen unterworfen, die durch äussere Faktoren bestimmt werden, weshalb sich diese erfreuliche Entwicklung rasch auch wieder zu Ungunsten der Gemeinde entwickeln und zu einem strukturellen Defizit führen könnte.

Diesen Mehreinnahmen stehen auch Mehrkosten gegenüber. Die relevantesten Kostenentwicklungen sind in den Bereichen Bildung und Familie sowie Gesundheit und Soziales zu verzeichnen. Die Mehrkosten sind auf Faktoren zurückzuführen, welche durch die Gemeinde kaum beeinflusst werden können: Einerseits sind es steigende Schülerzahlen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Personal- und Infrastrukturkosten. Andererseits müssen in den Bereichen Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe, ambulante und stationäre Pflege aufgrund steigender Fallzahlen sowie höherer Restfinanzierung der Pflegekosten erhebliche Mehrkosten finanziert werden.

Bei den geplanten Overheadkosten der Gemeinde wird im Planjahr 2020 eine Kostensteigerung erwartet, die durch tiefere Overheadkosten in den Folgejahren wieder ausgeglichen wird (vgl. Grafik und Abweichungserläuterungen im Politikplan, Seite 20 ff.).

Die Personalkosten der Gemeinde sind, bedingt durch die direkte Abhängigkeit vom Anstieg der Schüler- und Fallzahlen, hauptsächlich in den beiden Bereichen Bildung und Soziales angestiegen. Die entsprechenden Informationen finden sich im Politikplan ab Seite 18.



Seite 2 Die Liquidität der Gemeinde dürfte aufgrund der traditionell hohen Steuervorauszahlungen gesichert bleiben. Diese werden nicht zuletzt dank einem attraktiven Vergütungszins rege getätigt. Eine Defizitperiode in prognostizierter Höhe könnte über das vorhandene Eigenkapital aufgefangen werden.

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, den Steuerfuss für das Jahr 2020 unverändert zu belassen.

Riehen, 15. Oktober 2019

Gemeinderat Riehen

Der Präsident:

Hansjörg Wilde

Die Generalsekretärin:

Sandra Tessarini